

## **TOP 61a und b:**

---

- a) Jahresgutachten 2016/2017 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Drucksache: 664/16

- b) Jahreswirtschaftsbericht 2017 der Bundesregierung

Drucksache: 89/17

### I. Zum Inhalt des Gutachtens und des Berichts

Der Sachverständigenrat (SVR) nimmt jährlich eine unabhängige Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vor, die der Urteilsbildung aller wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit dienen soll. Der Sachverständigenrat hebt dabei den seiner Ansicht nach bestehenden Reformbedarf hervor.

Die Bundesregierung legt ergänzend ihren Jahreswirtschaftsbericht vor, in dem sie ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen darstellt sowie die gesamtwirtschaftliche Lage einschätzt. Basierend auf dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) enthält der Jahreswirtschaftsbericht eine Übersicht zu den von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen (Jahresprojektion) sowie zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen für das laufende Jahr.

#### Zu Buchstabe a:

- a) Jahresgutachten 2016/17 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der Sachverständigenrat sieht eine wachsende Skepsis gegenüber der Europäischen Union, die Flüchtlingsmigration und der demografische Wandel sind zentrale Herausforderungen für Europa und Deutschland. Im Euro-Raum bestehen nach wie vor erhebliche strukturelle Probleme. Der SVR skizziert Reformen für Europa und Deutschland, um die politische Handlungsfähigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.

#### Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung:

Der SVR hat nach seinem Befund mit seiner Prognose von 1,9 Prozent für das Jahr 2016 das tatsächliche Wirtschaftswachstum in Deutschland im vergangenen Jahr exakt getroffen und rechnet für das Jahr 2017 mit 1,3 Prozent. Der erwartete Rückgang wird - wie im Jahreswirtschaftsbericht - mit Kalendereffekten begründet; es wird mit einem Erhalt der Wachstumsdynamik gerechnet. Für den Euro-Raum rechnet der SVR für das Jahr 2016 mit einem Wachstum von 1,6 Prozent; für das Jahr 2017 mit 1,4 Prozent.

#### Reformen für Europa:

Der SVR kritisiert die in vielen Mitgliedstaaten fehlende Bereitschaft zu grundlegenden strukturellen Reformen. Dies gefährde langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Europäischen Union.

Er warnt, dass dauerhaft höheres Wachstum nicht mit geldpolitischen Maßnahmen erzielt werden kann. Zwar sei die expansive Geldpolitik in Krisenzeiten eine wichtige Maßnahme, heute aber angesichts der wirtschaftlichen Erholung in ihrem Ausmaß unangemessen. Sie verstecke strukturelle Probleme, schwäche die Konsolidierungs- und Reformbereitschaft der Mitgliedstaaten und gefährde zunehmend die Finanzmarktstabilität. Auch ließen einige Mitgliedstaaten die notwendige Haushaltsdisziplin vermissen. Es wäre aus Sicht des SVR besser, die Anleihekäufe der EZB zu verlangsamen und früher zu beenden.

Der Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten sollte laut SVR nicht in Frage gestellt werden. Eine verzögerte Integration in die Sozialsysteme bei der Migration innerhalb der Europäischen Union stelle aber keine Einschränkung der Personenfreizügigkeit dar. Ein Brexit, der zu einem Verlassen des europäischen Binnenmarktes führt, sollte möglichst verhindert werden.

Da protektionistische Tendenzen in der Außenhandelspolitik den Wohlstand in erheblichem Maße mindern, empfiehlt der SVR, die Freihandelsabkommen CETA und TTIP zum Abschluss zu bringen.

Der SVR fordert, dem Subsidiaritätsprinzip mehr Raum zu geben, vor allem bei der Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - gerade auch angesichts des zunehmenden EU-Skeptizismus. Bei Klimapolitik, Asylpolitik und der inneren Sicherheit hält er dagegen "mehr Europa" für wünschenswert.

#### Reformen für Deutschland:

Bei Strukturreformen, die die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten, besteht nach Ansicht des SVR klar Nachholbedarf. Die gute wirtschaftliche Entwicklung biete hierfür beste Voraussetzungen. Die Bundesregierung sollte sich nicht auf den Erfolge früherer Reformen (z. B. Agenda 2010) ausruhen oder diese sogar verwässern.

So sollten temporäre Haushaltsspielräume nicht für neue strukturelle Ausgaben

genutzt werden; mehr öffentliche Investitionen sollen durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Der SVR empfiehlt steuerliche Anreize, um private Investitionen und Wertschöpfung zu stimulieren. Dazu sollen die Einkommensteuer und Unternehmensbesteuerung reformiert und die kalte Progression voll abgebaut sowie das gesetzliche Renteneintrittsalter weiter angehoben werden. Auch sollte die Schuldenquote weiter zurückgeführt werden, damit Deutschland seiner Rolle als Stabilitätsanker im Euro-Raum gerecht werden kann.

Als Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt haben, werden die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns und das Rentenpaket genannt. Auch die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird kritisiert, da sie die Ineffizienzen des Finanzausgleichssystems erhöht.

Bei der Asylpolitik sollten die Schwerpunkte auf Fluchtursachenbekämpfung, klaren europäischen Regeln zur Migration und einem effektiven Schutz der Außengrenzen liegen. Um die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge zu ermöglichen, sei ein flexibler Arbeitsmarkt mit geringen Einstiegshürden wesentliche Voraussetzung; außerdem die Förderung von Qualifikation und Bildung.

Um die verfestigte Arbeitslosigkeit zu lösen, die geringe Lohnmobilität zu steigern sowie die Integration neuer Arbeitskräfte zu ermöglichen, sollte die Aufnahmefähigkeit des Niedriglohnssektors gestärkt werden, statt diese durch eine weitere Verschärfung der Regulierung einzuschränken.

#### Zu Buchstabe b:

##### b) Jahreswirtschaftsbericht 2017 der Bundesregierung

Neben der Betrachtung mehrerer Themenfelder und geplanter Politikmaßnahmen in verschiedenen Bereichen (Finanzpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Energiepolitik, Innovationspolitik, Europapolitik etc.) liegt das Hauptaugenmerk auf der Einschätzung der Bundesregierung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage und erwarteten Entwicklung in Deutschland und den daraus abgeleiteten grundlegenden wirtschaftspolitischen Reaktionen.

##### Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland:

Deutschland befindet sich laut Bundesregierung wirtschaftlich in sehr guter Verfassung. Im Jahr 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um 1,9 Prozent gestiegen und damit so stark wie seit dem Jahr 2011 nicht mehr. Für das Jahr 2017 rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 1,4 Prozent. Das gegenüber dem Jahr 2016 etwas geringere Wachstum ist jedoch zum großen Teil nicht auf eine Eintrübung der konjunkturellen Lage zurückzuführen, sondern auf den Arbeitstageeffekt (deutlich mehr Feiertage an Wochentagen als im Jahr 2016).

Als Basis für diese robuste Entwicklung wird die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angesehen. Für das Jahr 2017 wird damit gerechnet, dass die Rekordzahl von 43,5 Millionen Beschäftigten nochmals um 320 000 zunimmt und die Arbeitslosenquote nochmals leicht auf 6,0 Prozent sinkt (2016: 6,1 Prozent).

Die Prognose für die Steigerung der Verbraucherpreise liegt bei 1,8 Prozent und liege damit noch unter der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank für das Eurogebiet von unter, aber nahe bei zwei Prozent.

Die mit der Arbeitsmarktentwicklung steigenden Einkommen bildeten bei einem erwartet gemäßigten Anstieg der Verbraucherpreise günstige Rahmenbedingungen für die privaten Haushalte, die ihre Konsumausgaben überdurchschnittlich ausweiten, was laut Jahreswirtschaftsbericht für positive konjunkturelle Impulse sorgen wird.

Die deutschen Unternehmen würden im Projektionszeitraum etwas mehr in Ausrüstungen und Maschinen investieren, um die langsam steigende Nachfrage aus dem Ausland bedienen zu können. Angesichts der leicht überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung in der Industrie dürften neben den Ersatzinvestitionen auch Erweiterungsinvestitionen etwas an Bedeutung gewinnen. Alles in allem dürften die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2017 um 1,7 Prozent und damit erneut spürbar zunehmen. Für die Bauinvestitionen rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2017 mit einem Anstieg um 1,9 Prozent.

Seit dem Jahr 2014 hat nach Feststellung der Bundesregierung der Bund keine neuen Schulden aufgenommen. Damit trage die Bundesregierung weiterhin erheblich zur insgesamt positiven Entwicklung der öffentlichen Finanzen bei. Mit einer Schuldenstandquote von voraussichtlich 68,25 Prozent des BIP im Jahr 2016 liege Deutschland auf Kurs, gegen Ende der Dekade das Maastricht-Kriterium für den gesamtstaatlichen Schuldenstand von 60 Prozent wieder zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund nutze die Bundesregierung Handlungsspielräume vor allem für zusätzliche Investitionen. Insgesamt seien die Investitionen des Bundes seit Beginn der Legislaturperiode um weit mehr als ein Drittel auf 36,1 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2017 angehoben worden.

#### Weltwirtschaftliche Betrachtung:

Die Weltwirtschaft befinde sich in einem verhaltenen Aufschwung. Sie werde im Jahr 2017 leicht beschleunigt um rund 3,25 Prozent wachsen. Die Dynamik in den OECD-Ländern insgesamt dürfte in diesem Jahr nur wenig zunehmen. Angesichts anziehender Rohstoffpreise würden sich die konjunkturellen Perspektiven der rohstoffexportierenden Länder und damit der Schwellenländer insgesamt in diesem Jahr deutlicher verbessern.

Positive Auswirkungen auf die Weltkonjunktur gehen laut Jahreswirtschaftsbericht derzeit vor allem von den USA aus, die ihren Aufschwung fortsetzen können, wobei abzuwarten bleibe, welche Auswirkungen der Regierungs-

wechsel in den USA auf die wirtschaftliche Entwicklung haben werde.

Für den Euroraum rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2017 mit einem verhaltenen Wachstum von 1,5 Prozent, wobei die Konjunktur von der expansiven Geldpolitik der EZB gestützt werden dürfte.

Die konjunkturelle Lage in den Schwellenländern insgesamt dürfte sich nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Jahr leicht verbessern. Für China wird aber mit einer weiteren kontrollierten Wachstumsverlangsamung gerechnet. Im internationalen Vergleich bleibe die chinesische Wirtschaft allerdings sehr dynamisch. Russland und Brasilien würden in diesem Jahr ihre Rezessionen beenden und in den positiven Bereich zurückkehren.

Die Risiken für die globale Wirtschaft blieben allerdings insgesamt beachtlich, nicht nur wegen der geopolitischen Konflikte, sondern auch beispielweise wegen politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen in der Europäischen Union und der bislang noch unklaren Ausrichtung der Politik in den Vereinigten Staaten. Eine expansiver ausgerichtete Fiskalpolitik der Trump-Administration würde die Weltkonjunktur zunächst stimulieren.

Der Welthandel bleibe dagegen verhalten und könnte zudem durch protektionistische Strömungen beeinträchtigt werden. Die Bundesregierung sieht es vor diesem Hintergrund als ihre Aufgabe an, sich weiterhin für eine faire Ausgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen. Die Fortsetzung der multilateralen Handelspolitik soll auch einen Schwerpunkt des deutschen G20-Vorsitzes im Jahr 2017 bilden.

## II. Empfehlungen der Ausschüsse

### Zu Buchstabe a:

Der **federführende Wirtschaftsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik**, der **Ausschuss für Frauen und Jugend**, der **Gesundheitsausschuss** und der **Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung** empfehlen dem Bundesrat, von dem Jahresgutachten 2016/2017 des Sachverständigenrates gemäß § 6 Absatz 1 SachvRatG Kenntnis zu nehmen.

### Zu Buchstabe b:

Der **federführende Wirtschaftsausschuss** empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Jahreswirtschaftsbericht gemäß § 2 Absatz 1 StabG Stellung zu nehmen und dabei insbesondere einzugehen auf: Solide Verfassung der deutschen Wirtschaft, die ihre wesentlichen Impulse von Konsum, Wohnungsbau und fortschreitendem Beschäftigungsaufbau sowie niedrigem Zinsniveau erhalte; aktuelle Risiken aufgrund internationaler Entwicklungen; Notwendigkeit der

Nutzung des finanziellen Spielraums des Staates für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur; Einordnung der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Bereich Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse ab 2020; EU-konforme Reform des Vergaberechts; Verbesserungen beim Angebot von Wagniskapital; Priorität des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur als Zukunftsinvestition; Ziel einer Spitzenreiterstellung Deutschlands bei digitaler Infrastruktur; IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen; Nutzung der Potenziale von Industrie 4.0; Schaffung von Rahmenbedingungen und Abbau von Investitionen und Hemmnissen für die Steigerung privater FuE-Ausgaben; Anstieg der Reallöhne; Einführung des gesetzlichen Mindestlohns; Verankerung eines Anspruchs auf zeitlich begrenzte Teilzeitbeschäftigung; Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen; digitaler Wandel und Arbeitswelt; Ablehnung einer Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 71 Jahre; Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds; Verlässlichkeit einer sicheren Versorgung mit Strom und Gas; flexible Strommärkte mit marktnaher, planbarer Vergütung; Bedeutung der Energieeffizienz; Bekenntnis zur Senkung der Treibhausgasemissionen unter gleichzeitiger Vermeidung von Produktionsverlagerung in Länder mit weniger strengen Auflagen; Gefahren des Frackings; Notwendigkeit der Stärkung der Europäischen Union bei gleichzeitiger Beschränkung auf wesentliche gesamteuropäische Aufgaben; Stärkung des europäischen Fonds für strategische Investitionen; Frage nach einer stärkeren Koordinierung der Haushalts- und Fiskalpolitik; Bedeutung eines stabilen und verlässlichen Ordnungsrahmens für internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Der **Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik**, der **Gesundheitsausschuss**, der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung** empfehlen dem Bundesrat, von dem Jahreswirtschaftsbericht 2017 der Bundesregierung gemäß § 2 Absatz 1 StabG Kenntnis zu nehmen.

Nähere Einzelheiten sind aus **BR-Drucksache 89/1/17** ersichtlich.